



## **Den Druck zur Reform der Sozialistischen Internationale aufrechterhalten**

Anlässlich des Parteitages vom 26. März 2011 sprach sich die SP Schweiz in einer Resolution „für eine tiefgreifende Reform der Sozialistischen Internationale“ aus. In dieser Resolution weist die SP auf die lange Geschichte der Internationale hin und benennt die Werte, für welche die SI steht. Allerdings musste die SP gleichzeitig festhalten, dass die SI als Organisation und einige ihrer Mitgliedsparteien bei weitem nicht alle in sie gesetzten Hoffnungen und Erwartungen erfüllen. Die SP Schweiz forderte deshalb eine tiefgreifende Reform der SI; den Ausschluss von antidemokratischen und menschenrechtsverletzenden Parteien aus der SI; ein Instrument zur Ergreifung dringlicher Massnahmen, wenn eine Mitgliedspartei Menschenrechte eklatant verletzt; mehr politische Relevanz der SI und zu diesem Zweck mehr Transparenz und mehr Demokratie in der SI-internen Entscheidungsfindung; eine Öffnung der SI und mehr Partizipationsmöglichkeiten auch für Gewerkschaften und nahestehende NGO; sowie die Entwicklung einer umfassenden Kampagnenfähigkeit und nachhaltigen Verfolgung zentraler gemeinsamer Anliegen. „Unsere Beitragszahlungen an die SI und am Ende auch unsere Mitgliedschaft in der SI selbst hängen von der eindeutigen und unmissverständlichen Klärung dieser Fragen innerhalb der SI ab“, hielt die Resolution vom 26. März 2011 zusammenfassend fest.

Seit dieser Resolution sind mehr als drei Jahre vergangen. Drei Jahre, in denen die SP Schweiz zusammen mit über 30 weiteren Mitgliedsparteien der SI aus allen Kontinenten intensiv darum gekämpft hat, die SI zu erneuern. Der langjährige SI-Präsident Giorgos Papandreou und der langjährige SI-Generalsekretär Luis Ayala verschlossen sich jedoch jeder Diskussion. Ein Brief von 29 Parteipräsidenten – darunter Christian Levrat – blieb unbeantwortet. Die geballte Kritik an der SI, die eine Umfrage bei den Mitgliedsparteien zu Tage förderte, blieb weitestgehend ohne Folgen. Am SI-Kongress 2012 in Kapstadt (Südafrika) scheiterte die Reformgruppe mit 36 : 46 Stimmen im Versuch, eine neue Führungsriege zu installieren. Papandreou und Ayala suchen seither weniger denn je den Kompromiss, sondern fühlen sich in ihrer Eigenmächtigkeit gestärkt. Die Willkür, wen die SI zu welchem Treffen einlädt und wen nicht, ist grösser denn je. Gegen aussen wird Normalität zelebriert. Nach innen werden jene Kräfte, die der Reformgruppe angehören und denen die SP am nächsten steht, an den Rand gedrängt.

Wie in der Resolution des Parteitages vom 26. März 2011 angekündigt, hat die SP deshalb ihren Mitgliederbeitrag an die SI seit 2013 gekürzt. Gleichzeitig knüpfte die SP erste Kontakte zur Progressiven Allianz. Diese bildet ein neues loses Netzwerk mit dem aktuellen Schwerpunkt „menschenwürdige Arbeit für alle“ („decent work for all“). Es bietet die Möglichkeit, weltweite Kontakte zu progressiven Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu pflegen und vertiefen. Wie sich dieses Projekt entwickeln wird, ist offen. Die SP Schweiz verfolgt dieses Projekt gegenwärtig mit einer gewissen kritischen Distanz.

Bis auf weiteres bleibt für die SP zentral:

1. Die SP Schweiz will keine Spaltung der Sozialistischen Internationale, sondern setzt sich weiterhin für eine tiefgreifende Reform der SI entlang dem Vierpunkteprogramm ein, das die Reformkräfte 2011 definiert und seither verfolgt haben.

2. Noch stärker als in der Vergangenheit, bildet die SP Europa (SPE) und die direkten bilateralen Kontakte namentlich zu den Schwesterparteien in den Nachbarländern das politisch entscheidende internationale Netzwerk der SP Schweiz.
3. Auf globaler Ebene nimmt die SP Schweiz im Rahmen ihrer beschränkten Möglichkeiten die sich ihr in der Progressiven Allianz und in weiteren Foren bietenden Gelegenheiten wahr, mit progressiven Kräften weltweite Kampagnen zu lancieren und zu verfolgen.
4. Die Progressive Allianz darf weder dazu dienen, die politischen Grundsätze der sozialdemokratischen Familie zu verwässern, noch die SI zu ersetzen. Das Ziel muss bleiben, die Progressive Allianz anlässlich des SI-Kongresses 2016 im Rahmen einer politischen Gesamtlösung in eine erneuerte SI zu reintegrieren.